

Perspektivenvielfalt statt Abwehr

*Diskussionsbeitrag des Netzwerks Antidiskriminierung an Hochschulen zum
Diskussionspapier der Leopoldina zu Bürokratieabbau im Wissenschaftssystem*

Mitglieder der Arbeitsgruppe „Verantwortungskultur statt Überregulierung“ der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina haben im Februar 2025 in ihrem Diskussionspapier „Mehr Freiheit, weniger Regulierung“ Vorschläge zur Entbürokratisierung des Wissenschaftssystems vorgelegt. Die Forderung nach dem Abbau des von den Verfasser*innen wahrgenommenen hohen Verwaltungsaufwands bei der Beantragung, Bearbeitung und Abrechnung von Finanzmitteln wird dabei mit einer Rückbesinnung auf vermeintliche „Kernaufgaben“ der Hochschulen verknüpft. **Besonders kritisch sehen wir als bundesweites Netzwerk Antidiskriminierung an Hochschulen die Darstellung gesellschaftlicher Verantwortung als „Nebenaufgabe“ wissenschaftlicher Arbeit.**

Die Mitglieder der Leopoldina unterstellen, dass Anliegen wie Diversität, Gerechtigkeit, Gleichstellung oder Umweltschutz zunehmend zur „Bürokratisierung“ des Wissenschaftssystems beitragen. Wörtlich heißt es: „Die aktive Auseinandersetzung mit [...] Diversität resultiert dann häufig in bürokratischen Auflagen“. Dabei wird ein Gegensatz aufgemacht zwischen den vermeintlichen Kernaufgaben der Hochschule und institutionellen Aufgaben wie Gleichstellung und Diversität, die als nachrangig dargestellt werden. Eine damit verbundene Handlungsempfehlung ist das Streichen von Beauftragten und somit auch das Einsparen finanzieller Mittel, die diese bisher zur Wahrung ihrer Aufgaben erhalten haben. Diese Perspektive verkennt nicht nur die gesetzlichen Verpflichtungen von Hochschulen zur Herstellung von Chancengerechtigkeit, sondern blendet auch die sozialen Realitäten von Marginalisierung, struktureller Diskriminierung und Ungleichheit im Wissenschaftssystem nahezu vollständig aus. **Gleichstellungs-, Diversitäts- und Antidiskriminierungsarbeit wird in dieser Argumentation nicht als strukturell notwendig, sondern als verwaltungstechnisch hinderlich dargestellt.** Dabei ist es gerade diese Arbeit, die den Zugang zur Wissenschaft ermöglicht, Teilhabe fördert und Hochschulen als demokratische Institutionen stärkt. Auch Datenschutz wird im Leopoldina-Papier als bürokratisches Hemmnis problematisiert. Dabei handelt es sich um ein grundlegendes Persönlichkeitsrecht, das insbesondere für den Schutz vulnerabler Gruppen im Hochschulsystem unerlässlich ist. Gemeinsam mit Gleichstellung, Antidiskriminierung und Wissenschaftsfreiheit bildet ein starker Datenschutz das Fundament für eine menschenrechtsorientierte und vertrauenswürdige Wissenschaft.

Die Kritik des Papiers an einem vermeintlich „aktivistischen Diskursstil“ oder einer „Moralisierung öffentlicher Debatten“ delegitimiert darüber hinaus politisch und gesellschaftlich motivierte Forschungsperspektiven – darunter explizit auch die Gender Studies, die Rassismusforschung oder die Queer Theory. Wissenschaftliche Perspektivenvielfalt, die von der Leopoldina grundsätzlich eingefordert wird, läuft hier Gefahr, durch normative Ausschlussmechanismen beschränkt zu werden.

Als bundesweites Netzwerk Antidiskriminierung an Hochschulen blicken wir angesichts aktueller weltweiter Entwicklungen mit Sorge auf die im Diskussionspapier formulierten Thesen. Anstatt Wissenschaft als gesellschaftlich eingebettetes Handlungsfeld zu verstehen, fokussiert das Leopoldina-Papier stark auf Steuerung und Vereinfachung, ohne die sozialen Bedingungen und strukturellen Ungleichheiten im Hochschulsystem angemessen zu berücksichtigen. Hochschulen sind als Ausbildungs- und Wissenschaftseinrichtung gesetzlich verpflichtet, gesellschaftliche und demokratische Grundwerte zu achten und zu fördern. Die damit verbundene Ermöglichung von Chancengerechtigkeit erfordert gezielte Maßnahmen, institutionelle Strukturen und finanzielle Ressourcen mit dem Ziel, die gesellschaftliche Diversität in Hochschulen abzubilden. Diese zu reduzieren oder gar abzuschaffen wäre ein eklatanter Rückschritt und ein fatales Signal für das Wissenschaftssystem.

Weltweit beobachten wir Diskursverschiebungen nach rechts. Ein Blick in die USA zeigt, wie unter dem Vorwand von Entbürokratisierung und Neutralität Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsstrukturen gezielt abgebaut und ganze Forschungsfelder wie *Gender Studies* oder *Critical Race Theory* politisch delegitimiert wurden. Auch der aktuelle Koalitionsvertrag betont die Bedeutung von Gleichstellung und Diversität und verfolgt gleichzeitig eine umfassende Verwaltungsmodernisierung und Bürokratieabbau. Diese Parallelen verdeutlichen, dass Gleichstellungs-, Diversitäts- und Antidiskriminierungsmaßnahmen zunehmend unter Legitimationsdruck geraten. Umso wichtiger ist es, derartige Tendenzen frühzeitig zu erkennen und demokratische und menschenrechtsorientierte Wissenschaftsstrukturen entschieden zu verteidigen.

Chancengerechtigkeit entsteht nicht von selbst – sie muss aktiv hergestellt werden. Gleichstellungs-, Diversitäts- und Antidiskriminierungsmaßnahmen an Hochschulen schaffen hierfür die notwendigen Rahmenbedingungen. Sie sichern nicht nur den Zugang zur Institution, sondern stehen auch für eine politische Verantwortungsübernahme. Hochschulen sind keine von der Gesellschaft losgelösten Räume, sondern Orte, an denen demokratische Prozesse aktiv mitgestaltet werden. Die Leopoldina selbst bekennt sich in ihrem Leitbild zur Achtung der Menschenrechte – ein deutliches Zeichen dafür, dass auch sie nicht außerhalb gesellschaftlicher Werte agiert. Daran knüpft der Appell als Netzwerk Antidiskriminierung an Hochschulen an:

- Hochschulen sind als Institutionen verpflichtet, gesellschaftliche und demokratische Grundwerte zu achten und aktiv zu fördern.
- Zur Herstellung von Chancengerechtigkeit bedarf es dauerhaft abgesicherter wirksamer Gleichstellungs-, Diversitäts- und Antidiskriminierungsstrukturen – einschließlich Beauftragter und weiterer professioneller Akteur*innen mit klaren Mandaten und Ressourcen.
- Wissenschaft braucht Perspektivenvielfalt – auch in Forschungsperspektiven. Entsprechende Rahmenbedingungen und Förderkriterien sind ein Beitrag zu wissenschaftlicher Qualität, nicht zu deren Einschränkung.

Mit unserem Papier schließen wir uns den öffentlichen Beiträgen zum Leopoldina-Papier von Dr. Britt Dahmen, Leiterin des Referats Chancengerechtigkeit Universität zu Köln, (<https://www.jmwiarda.de/2025/03/26/passt-bitte-auf/>) und Prof. Dr. Isolde Karle, Prorektorin für Diversität, Inklusion und Talententwicklung Ruhr-Universität Bochum, (<https://news.rub.de/hochschulpolitik/2025-04-14-buerokratieabbau-weniger-schutz-sicherheit-und-gerechtigkeit>) an, die ebenfalls deutlich gemacht, dass es sich bei Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsarbeit nicht um nachgelagerte Nebenzwecke, sondern um zentrale Voraussetzungen für eine demokratische, zukunftsfähige Wissenschaft handelt. Sie betonen, dass Perspektivenvielfalt nicht nur Teil gesellschaftlicher Verantwortung ist, sondern auch die wissenschaftliche Qualität und Innovationskraft stärkt. Der Rückbau entsprechender Strukturen – ob unter dem Label der Entbürokratisierung oder vermeintlicher Effizienz – schwächt nicht nur Chancengerechtigkeit, sondern gefährdet die Integrität des Wissenschaftssystems insgesamt.